

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Postämter und für den Rest der Postanstalten entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Preis für den Abnehmer 1/2 Mark. — Preis für den Abnehmer 1/2 Mark.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreis: Die Abgabeposten für den Anzeiger sind aus dem Anzeiger zu entnehmen. — Preis pro Zeile 10 Pf. — Preis für den Abnehmer 1/2 Mark. — Preis für den Abnehmer 1/2 Mark.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1400

Nr. 115

Mittwoch, den 18. Mai 1927

22. Jahrgang

Die Deutschnationalen Hüter der Republik!

Ein Tag der Würdelosigkeit.

Berlin, 18. Mai. Der Initiativantrag der Regierungsparteien über die Verlängerung des Republiksschutzgesetzes auf zwei Jahre wurde vom Reichstag in erster und zweiter Lesung mit den Stimmen aller Parteien gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialisten angenommen.

Man kann sich denken, daß die Abstimmung der Deutschnationalen für das Republiksschutzgesetz größte Beachtung fand. Französische Juristen unterließen, obwohl die Situation direkt zu solchen Herausforderungen Selbst die lautesten Schreier waren sprachlos, daß die-

senkten, die seit acht Jahren gegen den neuen Staat schimpfen und schmähen, die die Flagge dieses Staates „Schwarz-Rot-Weiß“ bezeichnen, für ein Schutzgesetz dieses Staates und seiner Flagge eintreten.

Ja noch mehr: sie stimmten gegen die Rückkehr des Kaisers, selbst Graf Westarp stimmt mit, der am 22. November 1920 in einer Reichstagsrede seine unverbrüchliche Treue zum ehemaligen Kaiser beteuerte! —

Ohne die Deutschnationalen ob dieses Unfalles schänden zu wollen, muß man feststellen, daß die Sozialisten deutschnationaler Abgordener wenig gemein hat mit dem Geiste deutschnationaler Wähler.

Wege zum Einheitsstaat.

Rede des Innenministers Dr. Apelt in Bayreuth.

Bayreuth, 15. Mai. Ueber das Thema „Auf dem Wege zum Einheitsstaat“ sprach am Sonntag auf der Landestagung der Sächsischen Justizämter Innenminister Dr. Apelt. Im Mittelpunkt der politischen Diskussion stehen gegenwärtig die Fragen Partikularismus, Unitarismus, Einheitsstaat, Bundesstaat. Wohl sei die Weimarer Verfassung stark unitaristisch, der Einheitsstaat sei aber mit ihr nicht gekommen. Er müsse erstrebt werden, wenn auch Politiker und Bürokraten ihm Hindernisse in den Weg legten. Der Einheitsstaat dürfe aber auch nicht übereilt herbeigeführt werden, auch solle er nicht ein Zentralstaat werden wie Frankreich, sondern ein dezentralisierter Staat mit starker Gesamtleitung. Dabei spielten drei Probleme eine Rolle: 1. das Verhältnis des Reiches zu Süddeutschland, wobei die Gegensätze zwischen Bayern und dem Reich in letzter Zeit nicht zuletzt durch die baherfreundliche Handlung in der Finanzausgleichsfrage des Reiches wesentlich gemildert worden seien; 2. das Verhältnis zwischen dem Reich und Preußen, zwischen denen sich ein Gegensatz erst in letzter Zeit wieder schärfer herausgebildet haben. Mit diesem Problem würden wir in den nächsten Jahren schwer zu ringen haben; 3. das Verhältnis zwischen Preußen und den norddeutschen Staaten. Das Verhältnis zwischen Preußen und den kleinen Staaten werde sich bald klären, da diesen infolge ihrer finanziellen Not nichts weiter übrig bleiben werde, als sich Preußen anzuschließen. Das Verhältnis Preußens zu den Hansastädten werde nicht so leicht geregelt werden können. Es gäbe drei Wege, zum Einheitsstaat zu kommen: Die allmähliche Erweiterung der Reichskompetenzen (Berichtsbildung des Steuerrechts, der Justiz, und Finanzverwaltung), wobei namentlich in kulturellen Fragen nicht so weit gegangen werden dürfe. 2. Ein Aufgehen des Reiches in Preußen, wobei aber die Mittel- und Südstaaten nicht zu haben sein würden und 3. die insbesondere von praktischen Verwaltungsbeamten geforderte Schaffung von Reichsländern, wobei sich jedoch der wenig erwünschte Dualismus zwischen Ländern mit und ohne Eigenstaatlichkeit herausstellen würde. Gegenwärtig sei am empfehlenswertesten eine Zwischenlösung in Gestalt des Staatenbaues. Dieses Staatenhaus werde das Regionalsystem erhalten, dem Verwaltungsapparat vermindern und den Partikularismus überwinden. Wann wir hierzu kommen würden, hänge davon ab, ob und wie stark der Wille hierzu im deutschen Volke vorhanden sei.

Die Spitzen der französischen Regierung in London.

Trinksprüche.

London, 16. Mai. Auf dem heutigen Staatsbankett im Buckingham-Palast zu Ehren des französischen Präsidenten brachte der König einen Trinkspruch aus, in dem er u. a. sagte: „Vor mehr als sechs Jahren drückte ich bei ähnlicher Gelegenheit meine Zuerst aus Frankreich und das britische Reich für das große Werk der Wiederherstellung in demselben Geiste gegenseitigen Vertrauens und loyaler Freundschaft zu sehen, der sie während des Krieges erfüllt hatte. Mein Vertrauen ist gerechtfertigt gewesen. Unsere Länder werden fortfahren, in der Sache des Friedens zusammenzuarbeiten. Ihr Besuch in London, Herr Präsident, ist ein offenkundiges Zeichen der Entente cordiale, die so glücklich zwischen unseren beiden Ländern besteht.“ — Präsident Doumergue antwortete in herzlicher Weise. „Die Entente cordiale und das Bündnis während des Krieges haben zwischen Frankreich und England eine unauflösbare Bande geschaffen, die die künftigen Geschlechter als heilige Erbe erhalten werden. Dank dieser Entente habe ich ein internationales Werk durchführen lassen, das schon jetzt fruchtbar an Ergebnissen und reich an Aussichten ist. Morgen wie heute werden wir fortfahren, alle unsere Anstrengungen für die Verteidigung, für die Konsolidierung und die Organisation des Friedens zu vereinen, um der Welt die Wiederherstellung fruchtbarer Erträge zu ersparen.“

heimkundgebung an. — „Times“ schreibt dem französischen Besuch keinerlei außerordentliche politische Bedeutung zu, während „Daily Telegraph“ u. a. ausführlich die englische Diplomatie ist gerade jetzt allgütig in Anspruch genommen, um sich mit der neuen deutsch-französischen Krise zu beschäftigen. Gleichzeitig wird aber Besorgnis wegen der persönlichen Stellung Stresemanns empfunden. Es besteht kein Wunsch, ein enttäuschtes Deutschland in die Arme Moskaus zu treiben. — Nach „Morningpost“ bildet die englisch-französische Freundschaft den Gipfel der französischen Politik. Dessenungeachtet England im Interesse Deutschlands von Frankreich trennen möchten, mögen enttäuscht darüber sein, daß die beiden Länder noch immer an ein gewisses Zusammengehen glauben. Wir dürfen auch hoffen, daß angesichts der Gefahren, die jetzt die westliche Zivilisation von Osten her bedrohen, Frankreich und England einsehen werden, daß in ihrer Einheitsfront die beste Gewähr für Sicherheit liegt.

Pariser Blätter zum Londoner Besuch Briands.

Paris, 16. Mai. Zur Reise Briands nach London schreibt „Echo de Paris“: Die französische und die englische Regierung beurteilen die deutschen Angelegenheiten beinahe gleich. Hinsichtlich der chinesischen Frage haben sie ihre eigene Stellung eingenommen und werden sie nicht ändern. Allerdings blieben dann noch verschiedene Probleme, wie beispielsweise die italienisch-slawische Kontroverse, die gewiß eingehend geprüft und zu nächstigen Erklärungen Anlaß geben wird. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß die beiden Minister sich an Besprechungen allgemeiner Art halten werden.

„Deux“ vertritt den Standpunkt, daß bei der jetzigen Reise Briands es sich um die Notwendigkeit handele, zu bestätigen, daß trotz sehr begrifflicher Meinungsverschiedenheiten Frankreich und England die Entente cordiale für unauflösbar halten. — „Gaulois“ schreibt, die erste Frage, die in London zu lösen sei, sei die Frage der Rheinlande. Auf England gefügt, werde Frankreich alle Garantien, die es als Vorbereitung für eine staatsrechtliche Zurückziehung der Besatzungstruppen aus dem Rheinlande haben müsse, verlangen.

Englische Blätterstimmen zum Besuch Doumergues.

London, 16. Mai. Ueber den Besuch Doumergues und Briands in London schreibt „Daily Chronicle“ u. a. Chamberlain und Briand hätten den Wunsch, die Stellung Stresemanns gegenüber den extremen konservativen Elementen in seiner Regierung zu stärken. Aber Briand habe auch auf andere französische Ansichten als seine eigene Ansicht Rücksicht zu nehmen. — „Daily News“ glaubt, daß Briand und Chamberlain die Rheinlandsfrage erörtern werden. Leider verschleierte Deutschland, wie so oft, seine eigene Stellung. In diesem Zusammenhang führt das Blatt u. a. die Stabs-

Gerüchte um das Reichsschulgesetz.

Berlin, 16. Mai. Wie den Blättern mitgeteilt wird, ist es nicht richtig, daß Reichsinnenminister von Reubell einen Ausschuss von Sachverständigen zur Vorbereitung des Reichsschulgesetzes zusammenberufen hat. Ferner ist gemeldet worden, daß die Beteiligung des Freiburger Universitätsprofessors Dr. Krebs an den Vorbereitungen in Aussicht genommen sei. Eine solche Absicht hat nie bestanden.

Für ein Justizministerium in Oesterreich.

Wien, 16. Mai. Eine Abordnung der richterlichen Beamten sowie der Rechtsanwälte und Notare sprach heute beim Bundeskanzler Dr. Seipel vor, um ihm den Wunsch nach Schaffung eines selbständigen Justizministeriums zu übermitteln. Bundeskanzler Dr. Seipel versprach, alles zu tun, daß die Vorlage des betreffenden Gesetzes im Nationalrat mit tunlichster Beschleunigung erledigt wird.

Neue polnisch-russische Grenzzwischenfälle.

Warschau, 16. Mai. „Głos Prawdy“ meldet: In den Ostmarken sind in den letzten Tagen wiederum zwei Fälle von Beschleichen polnischer Grenzstraßen durch bolschewistische Partouillen zu verzeichnen. Beide Male wurde jedoch trotz lebhaftem Feuers auf polnischer Seite niemand verletzt.

Blutiger Zusammenstoß zwischen Amerikanern und Liberalen in Nicaragua.

Managua, 16. Mai. Ein Kapitän und ein Soldat der amerikanischen Marine wurden gestern Abend in einem Kampf mit einem Trupp Liberaler bei Leon getötet und mehrere Besatzungen verwundet. Die Liberalen verteidigten sich tapfer.

Kaufkrafthebung der Landwirtschaft.

Schlussfassung des Genfer Landwirtschaftsausschusses.

Genf, 16. Mai. Die heute vom Landwirtschaftsausschuss in seiner Schlussfassung angenommene Entschließung über die allgemeinen Fragen in Bezug auf die Förderung der Landwirtschaft erinnert daran, daß die Verringerung der Kaufkraft der Landwirtschaft die industrielle Produktion direkt berührt und deshalb eine der Ursachen der Arbeitslosigkeit ist. Die Entschließung stellt dann fest, daß die Hebung der Landwirtschaft zunächst eine Angelegenheit der Landwirtschaft selbst ist, wobei den kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betrieben der Zusammenschluss in Genossenschaften von Erzeugern und Verbrauchern empfohlen wird. Der Zollschutz soll sowohl für die Landwirtschaft als auch für die Industrie auf ein unerlässliches Mindestmaß herabgesetzt werden, wobei daran erinnert wird, daß in Ländern, wo die landwirtschaftliche Entwicklung mit der industriellen Entwicklung nicht Schritt gehalten hat, sondern durch diese behindert worden ist, eine schrittweise Herabsetzung des Zolls auf die Industrie-

erzeugnisse besonders günstige Wirkungen für den landwirtschaftlichen Fortschritt haben würde. Das Regime der Ausfuhrverbote und Ausfuhrzölle und die häufigen Forderungen der Zollsätze sollten möglichst endgültig aufgegeben werden. Dem Landwirt soll ein gerechter Verdienst durch Regelmäßigkeit und Beständigkeit der Preise gewährleistet werden. Der Böllerbund wird aufgefordert, daß in allen seinen Organen, die mit wirtschaftlichen Fragen vertraut sind, der Landwirtschaft immer ein ihrer Bedeutung entsprechender Platz eingeräumt wird. Des weiteren soll durch den Böllerbund ein möglichst umfassendes und auf alle Länder anwendbares System der landwirtschaftlichen Buchführung und periodischer landwirtschaftlicher Statistiken vorbereitet werden. Schließlich wird eine Weltkonferenz für alle wirtschaftlichen, sozialen, finanziellen und technischen Verhältnisse in der Landwirtschaft des einzelnen Landes durch den Böllerbund verlangt.